

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Doris Achelwilm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/24449 –**

Keine Waffen für die Türkei

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Keul, Margarete Bause, Agnieszka Brugger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/23732 –**

Die Genehmigung für U-Boote an die Türkei widerrufen

A. Problem

Zu Buchstabe a

Aufforderung an die Bundesregierung, die Auslieferung aller Kriegswaffen an die Türkei zu stoppen und sämtliche erteilte Genehmigungen zu widerrufen. Auch sollte sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für ein Waffenembargo der EU gegen die Türkei einsetzen.

Zu Buchstabe b

Aufforderung an die Bundesregierung, die Auslieferung aller Kriegswaffen an die Türkei zu stoppen und einen bereits genehmigten Export von U-Booten an die Türkei zu widerrufen. Auch sollte sich die Bundesregierung für ein Waffenembargo der EU gegen die Türkei einsetzen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/24449 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/23732 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a und b

Wurden nicht erörtert.

D. Kosten

Zu den Buchstaben a und b

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/24449 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/23732 abzulehnen.

Berlin, den 24. März 2021

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Alexander Ulrich
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Alexander Ulrich

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 19/24449** wurde in der 207. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. Januar 2021 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss und den Verteidigungsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 19/23732** wurde in der 207. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. Januar 2021 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Verteidigungsausschuss und an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die antragstellende Fraktion DIE LINKE. stellt fest, dass sich die Türkei um die Beschaffung moderner Waffensysteme sowie um den Aufbau einer breit angelegten, autarken Rüstungsindustrie bemühe. An deren Aufbau beteiligten sich Deutschlands Unternehmen mit Rüstungsgütern auf der Grundlage von zuvor erteilten Exportgenehmigungen. Dies trage dazu bei, dass die Türkei eine aggressive Haltung auch gegenüber den EU-Ländern Griechenland und Zypern im Konflikt um Hoheitsgrenzen sowie um die im Mittelmeer lagernden Gasvorkommen einnehmen könne. Die Politik der Türkei sei jedenfalls expansiv, verfolge einen neo-osmanischen Großmachtsanspruch, der sich von Nordafrika bis Zentralasien erstrecke und durch die militärische Unterstützung für Kriegsparteien und den Transfer islamistischer Dschihadisten in Kriegsgebiete, etwa nach Syrien, Libyen oder Berg-Karabach, deutlich werde.

Die Fraktion DIE LINKE. fordert die Bundesregierung deshalb auf,

1. die Auslieferung aller Kriegswaffen, einschließlich Bauteile, technischer Komponenten und Know-how, an die Türkei zu stoppen und sämtliche erteilte Genehmigungen zu widerrufen,
2. keine Genehmigung für die Auslieferung von Rüstungsgütern aus Teil I A der Ausfuhrliste der Außenwirtschaftsverordnung an die Türkei (einschließlich von Reexporten und Sammelgenehmigungen) mehr zu erteilen,
3. alle Schlupflöcher für ein deutsches Waffenembargo gegenüber der Türkei zu schließen, wie die Lizenz-Produktion deutscher Rüstungsgüter in der Türkei, die Lieferungen im Rahmen einer europäischen Rüstungskoperation und die Lieferungen von Rüstungsgütern über Tochterfirmen deutscher Rüstungskonzerne zu verbieten,
4. alle Lieferungen von Gütern und Know-how aus Deutschland, die dem Aufbau einer türkischen Rüstungsindustrie dienen könnten, zu stoppen,
5. in der EU ein generelles Waffenembargo gegen die Türkei nicht weiter zu blockieren, sondern sich aktiv dafür einzusetzen und
6. sich gegenüber Ungarn, Italien, Spanien und Malta dafür einzusetzen, dass diese ein EU-Waffenembargo unterstützen.

Zu Buchstabe b

Die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert, dass die Bundesregierung die Auslieferung aller Kriegswaffen, einschließlich des maritimen Bereichs, an die Türkei stoppt und die 2009 erteilte Genehmigung für einen Export von sechs Jagd-U-Booten der Klasse 214 des Herstellers ThyssenKrupp Marine Systems widerruft. Außerdem solle sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für ein Waffenembargo der EU gegen die Türkei einsetzen.

Die Antragsteller begründen ihren Antrag damit, dass seit Monaten der Konflikt zwischen der Türkei und der EU im östlichen Mittelmeer eskaliere, wo sowohl die Türkei als auch Griechenland Seerechtsgebiete beanspruchten. Seitens der Türkei würden zur Durchsetzung ihrer Ansprüche militärische Drohungen gegen den NATO-Partner und EU-Mitgliedstaat Griechenland ausgesprochen und Kriegsschiffe an der europäischen Außengrenze in Position gebracht. Auch missachte die Türkei grundlegende Standards bei Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie im eigenen Land und betreibe eine völkerrechtswidrige Politik in Syrien und Libyen. Vor diesem Hintergrund sei es sicherheitspolitisch unverantwortlich, dass Deutschland weiterhin an der Lieferung von U-Booten an die Türkei festhalte.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/24449 in seiner 77. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/24449 in seiner 82. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/23732 in seiner 77. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/23732 in seiner 82. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 19/23732 in seiner 76. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat die Anträge auf Drucksachen 19/24449, 19/23732 in seiner 111. Sitzung am 24. März 2021 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/24449 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der DU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/23732 zu empfehlen.

Berlin, den 24. März 2021

Alexander Ulrich
Berichtersteller

